

Ein Volk zwischen zwei Reichen

Eskalation in der Türkei: Präsident Erdogan versucht mit allen Mitteln, eine Aufwertung der Kurden im Gefolge des Syrien-Krieges zu verhindern. Ein Beitrag zu den Hintergründen des jahrhundertelangen Konflikts und zur aktuellen Entwicklung.

/ Fabian Lötscher /

Kurdistan umschreibt geographisch im Wesentlichen ein Dreieck der Grenzländer Iran, Irak und Türkei. Kurdische Bevölkerung lebt jedoch auch in Syrien, Armenien und Aserbaidschan – wenn auch in geringerer Dichte (siehe Karte rechte Seite). Die zentrale wirtschaftliche Einkommensquelle ist die Landwirtschaft, der Wasser- und Ölreichtum macht die Region strategisch wichtig. Trotz jahrzehntelangen Bemühungen gelang es den schätzungsweise 28 Millionen vorwiegend sunnitisch-muslimischen Kurden nicht, einen international anerkannten Staat zu gründen.

Die Katastrophe von Lausanne

Vor dem 20. Jahrhundert waren die Kurden hauptsächlich nomadisch, sie entzogen sich der staatlichen Kontrolle des osmanischen und persischen Reiches weitgehend. Im 19. Jahrhundert nahm der westliche Einfluss durch den Aufbau von Schulen, Missionsstationen, Krankenhäusern und Konsulaten zu – es folgte auch die Eingliederung in die osmanische Verwaltungsstruktur. Nach der Aufteilung des osmanischen Reiches nach dessen vernichtender Niederlage im Ersten Weltkrieg stellte man den Kurden im Vertrag von Sèvres 1920 einen eigenen Staat in Aussicht.

Nicht zuletzt führte auch innerkurdische Uneinigkeit zur Aufhebung dieser Bestimmungen im nachfolgenden Vertrag von Lausanne 1923. In diesem wurden die bis heute gültigen Grenzen des neuen türkischen Staates völkerrechtlich anerkannt – und folglich waren die Kurden in den Ostprovinzen quasi über Nacht entweder türkische, irakische oder syrische Staatsbürger. Den Griechen und Armeniern wurden Sonderrechte gewährt, die Kurden wurden als Teil der muslimischen Mehrheitsbevölkerung betrachtet und

nicht mehr gesondert erwähnt. Bereits zu dieser Zeit machten sich in der intellektuellen Schicht an den Universitäten in Istanbul und Ankara nationalistische Gedanken breit – der kurdische Nationalismus ist jedoch ein Phänomen der letzten Jahrzehnte.

Die Kurden in der Republik Türkei

Atatürk rief 1923 die türkische Republik aus, es folgte die kemalistische Säkularisierung und Homogenisierung mit Zwangsumsiedlungen. Das Ziel war die absolute Trennung des Staates von Religion und Volksklassen. Das Kalifat – ein einigendes Bindeglied zwischen Kurden und Türken – wurde abgeschafft; durch den Ausbau des Schulwesens impfte der Staat den Kindern bereits von klein auf die türkische Sprache und Kultur ein. Kurdische Publikationen und Vereine wurden verboten und mehrere kurdische Rebellionen wurden niedergeschlagen.

Ankara leugnete von da an die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei konsequent. In den 1950er-Jahren folgte der politische Wechsel auf ein Mehrparteiensystem – was eine demokratische Entwicklung in Gang setzen sollte. Die Realisierung gestaltete sich jedoch nach den Prinzipien der Kemalisten, mit der militärischen Elite

als «Regierungsberater». In den Jahren 1960, 1971 und 1980 wurden jeweils demokratisch vom Volk legitimierte Regierungen vom Militär geputscht, was sich als kemalistischer «Eingriff» in die Demokratie erwies.

Der Aufstieg der PKK

Die verschiedenen in dieser Zeitspanne gegründeten radikalen Gruppierungen wurden zerschlagen – als einzige raffte sich die Arbeiterpartei Kurdistans PKK schnell wieder zusammen, die in der Folge durch Angriffe auf militärische und staatliche Einrichtungen auf sich aufmerksam machte. Als Ausdruck der Unterdrückung der Kurden galt insbesondere das 1983 in Kraft getretene Sprachverbot, das bis zur Aufweichung der Fronten in den Jahren 1991/92 anhielt.

Ab 1983 wurde die Politik unter Ministerpräsident Özal demokratischer; er bemühte sich um eine lösungsorientierte Kurdenpolitik und brachte die Türkei in vielerlei Hinsicht voran. 1993 erschütterte jedoch sein Tod das Land und stoppte diese Entwicklung. Im selben Zeitraum – ab 1984 – begann die PKK, bewaffneten Widerstand zu leisten (siehe Kasten unten). Die Kurdenfrage, von Özal als Chefsache behandelt, über-

PKK und Öcalan – ein kurzer Exkurs

Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK wurde von Abdullah Öcalan in den unruhigen 1970er-Jahren in der osttürkischen Provinz Diyarbakir gegründet, sie hat sich im Laufe der Jahre mehrmals umbenannt. Das ursprüngliche Ziel der marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisation war, durch einen Guerillakrieg eine Revolution zu erwirken und einen kurdischen Staat zu gründen. Davon rückte sie im Verlauf der Jahre ab. Die Organisation war aufgeteilt in einen militärischen und einen politischen Flügel. Im Militärputsch von 1980 wurde die PKK aus der Türkei vertrieben, ab 1984 kämpfte sie mit Waffengewalt gegen türkische Sicherheitskräfte. Öcalan lebte bis 1998 in Syrien im Exil. Nachdem die Türkei Syrien mit Krieg drohte

und Diktator Assad ihn fallen liess, wurde er 1999 nach Aufhalten in mehreren Ländern in Kenia vom türkischen Geheimdienst verhaftet und daraufhin zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde 2002 in lebenslange Haft umgewandelt, Öcalan ist seither auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert.

Die PKK ist in der Türkei als terroristische Organisation verboten. Nach dem Beginn des «Arabischen Frühlings» ab Dezember 2010 witterte man die Chance, das Ziel einer Staatsgründung in Syrien erreichen zu können. Man geht davon aus, dass die syrischen Volksbefreiungseinheiten YPG ein Ableger der PKK sind, im Iran und im Irak unterhält sie ebenfalls Schwesterorganisationen oder ist direkt aktiv.

gab man nach seinem Tod dem Militär. Bis Ende 1994 räumte und zerstörte das türkische Militär 2000 kurdische Dörfer im Südosten der Türkei, um der PKK den Rückzugsraum und den Kurden den separatistischen Willen zu nehmen.

Erste Hoffnungen unter Erdogan

Nach jahrzehntelangem kollektivem Versagen der Kemalisten, Islamisten und Nationalisten, geprägt von Putschen, Wirtschaftskrisen und Korruption – und der Finanzkrise von 2001 –, gelangte Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP 2002 mit einem Erdrutschsieg ins Parlament. Der charismatische ehemalige Bürgermeister Istanbuls und praktizierende Muslim propagierte einerseits den EU-Beitritt, andererseits verabschiedete er sich trotz Pragmatismus nicht komplett von der Religion.

Tatsächlich verbesserte sich die Situation der Kurden, sie konnten sich nach Abschaffung des seit 1978 andauernden Ausnahmezustandes, der zivile Freiheiten minimalisierte, plötzlich (angst)frei bewegen – und hofften auf weitere Rechte durch einen eventuellen EU-Beitritt. Seit 2012 liefen in der Türkei Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der Regierung, 2013 liess Öcalan seine Kämpfer aus der Türkei zurückziehen – eine Waffenruhe wurde verkündet. Erdogan räumte den Kurden zudem mehr kulturelle Rechte ein.

Erstarkte Stimme der Kurden

Die internationale Akzeptanz und Wahrnehmung der Kurden hat durch die aktuellen Geschehnisse in Syrien und im Irak zugenommen. Gemeinsam mit den Streitkräften der Anti-IS-Koalition schafften sie es Anfang 2015, im syrischen Teil des kurdischen Siedlungsgebietes (Rojava), die Stadt Kobane von der unmittelbaren Belagerung des IS zu befreien. Dies bedeutet einerseits – durch das Mitwirken der irakisch-kurdischen Peschmerga – eine Annäherung der Autonomen Region Kurdistan (Kurden im Irak) an Rojava, andererseits wurde durch die Passivität der türkischen Regierung einmal mehr die Prägnanz und das jahrzehntelange Andauern der Kurdenfrage in der Türkei betont.

Diese Passivität und das Drängen Erdogans auf ein Präsidialsystem bewegten viele gemässigte Türken und Kurden, der Regierung den Rücken zu kehren und sich politisch der seit zwei Jahren wachsenden demokratischen



Partei der Völker HDP anzugliedern, sie ist mittlerweile die gewichtigste Stimme der Kurden in der Türkei. Diese Entwicklung führte mit diversen weiteren Faktoren zu einem Popularitätsverlust der islamisch-konservativen AKP Erdogans. Sie verlor denn auch bei den Wahlen im Juni 2015 die Mehrheit im Parlament, mitbedingt durch den Popularitätsschub der prokurdischen HDP.

Die HDP, deren Co-Präsident Selahattin Demirtas die Nähe zur PKK nicht abstreitet, zog mit einem Wähleranteil von 13,1% (80 Sitze) ins Parlament ein. Die vier im Parlament vertretenen Parteien (konservativ-islamische AKP, kemalistische CHP, rechtsextreme MHP und die linksgerichtete, pro-kurdische HDP) waren aufgrund der ideologischen Gegensätze und Verfeindungen nicht in der Lage, eine stabile Koalition zu bilden, worauf Erdogan das Parlament im August auflöste und Neuwahlen veranlasste.

Kalkulierte Eskalation durch Erdogan

In der Zwischenzeit setzte sich die Gewaltspirale erneut in Bewegung. Nach mehreren Anschlägen der PKK auf türkische Sicherheitsleute erklärte Erdogan den seit zwei Jahren bestehenden Friedensprozess für beendet. Die türkische Armee fliegt seither regelmässig Einsätze gegen Stellungen der PKK in der Südosttürkei und im Nordirak.

Erklärbar ist das Vorgehen der türkischen Regierung einerseits mit der aktuellen innenpolitischen Situation. Der Kampf gegen die PKK diente offensicht-

lich erfolgreich dem Ziel, die HDP zu kriminalisieren und zu delegitimieren – und die AKP in der zweiten Wahl erstarken zu lassen. Nach terroristischen Anschlägen auf prokurdische Wahlveranstaltungen sah sich die HDP gezwungen, vor der zweiten Wahl im November ihre Propagandaaktivität zu minimieren und den Wahlkampf einzuschränken, was zwar zu einem Stimmenverlust führte – den erneuten Einzug ins Parlament mit einem Wahlanteil von 10,8% aber nicht verhinderte. Die AKP konnte durch aktive Destabilisierung wie geplant Wähler mobilisieren – und sich die Mehrheit zuungunsten der HDP und der rechtsextremen MHP sichern.

Angst vor kurdischer Autonomie

Andererseits führte die internationale Unterstützung der kurdischen Volksverteidigungseinheiten im Krieg gegen den IS zu einer Stärkung deren Feuerkraft und Bekräftigung des Vorhabens, ein unabhängiges Autonomiegebiet zu gründen –, was der türkischen Regierung Sorge bereitet. Seit Oktober beschiesst das türkische Militär auch Ziele in Rojava und insbesondere Kobane, während Washington versucht, die YPG (Volksverteidigungseinheiten der syrischen PKK-Schwesterpartei PYD) in die Anti-IS-Koalition aufzunehmen, deren Kämpfer mit Waffen unterstützt und gemeinsam mit den Peschmerga IS-Stellungen im Nordirak bekämpft.

Fortsetzung Seite 6



Die Türkei hält die östlichen Grenzen zu Syrien weiterhin geschlossen, auch für humanitäre Hilfeleistungen.

Erdogan – und besonders sein Volk – bezahlt mit seiner riskanten Strategie einen hohen Preis. Der Kurdenkonflikt ist entbrannt und der IS-Terror ist in der Türkei angekommen. Es bleibt zu hoffen, dass die jüngste Kritik der EU-Kommission an der Beschränkung der Medienfreiheit und die Mahnung an die Türkei bezüglich Verhältnismässigkeit bei Anti-Terror-Massnahmen gegen die Kurden ihre Spuren hinterlassen werden.

Fabian Lötcher ist Arzt und arbeitet nebenberuflich ehrenamtlich als Projektmitarbeiter für die Hilfsorganisation delta (www.delta-ngo.ch). Er engagiert sich in diesem Rahmen aktiv in einem humanitären Projekt in Syrien und der Südosttürkei.



Bücher

Amalia van Gent: *Leben auf Bruchlinien*. Die Türkei auf der Suche nach sich selbst. Rotpunktverlag Zürich 2008, Fr. 27.90

Martin Strohmeier und Lale Yalçın-Heckmann: *Die Kurden*. Geschichte, Politik, Kultur. Beck'sche Reihe, Verlag C.H. Beck 2010 (3. Auflage), Fr. 17.90

Benjamin Wochnik: *Atatürks islamische Erben*. Wer regiert die Türkei? Tectum Verlag 2010, Fr. 27.90

Die Kurden im Irak, in Syrien und dem Iran

Irakisch-Kurdistan: Im Gegensatz zu den Kurden in der Türkei, Syrien oder im Iran verfügen die ungefähr fünf Millionen Kurden im Irak über eine autonome Region Kurdistan, mit eigener Regierung in Erbil sowie eigenen Streitkräften, den Peschmerga. Die Autonomie erlangte die Region 1991, nach erfolgreichen Widerständen unter Barzani und unter dem Schutz der USA gegen das Regime von Saddam Hussein, der die Kurden noch 1988 mit Giftgas bekämpft hatte. Im dritten Golfkrieg von 2003 unterstützten die Kurden die alliierten Streitkräfte und gelten seither als Verbündete Amerikas. Jalal Talabani – Staatspräsident bis 2014 – und der aktuelle Präsident Iraks, Fuad Masum, sind Kurden.

Rojava – Syrien: In Syrien leben ca. zwei Millionen Kurden, nach 1980 bot das

Land vielen PKK-Mitgliedern Zuflucht. Die Kurden werden in Syrien hauptsächlich von der Partei der Demokratischen Union PYD vertreten, sie gilt als Schwesterpartei der PKK, ihr bewaffneter Arm sind die Volksverteidigungseinheiten YPG. Sie kämpfen aktuell, wie auch die Peschmerga im Irak, gegen die Milizen des Islamischen Staates, unterstützt von der Anti-IS-Koalition. In der Türkei werden die PYD und PKK als Terroristenorganisation angesehen, die Regierung Erdogans bekämpft die Bestrebungen nach einem autonomen Rojava ebenso wie die PKK, wie die jüngsten Attacken der türkischen Armee auf Kobane zeigen. Auch die Kurden in Syrien sind bestrebt, ein selbstverwaltetes Rojava zu erwirken.

Die Kurden im Iran: Die fünf Millionen vorwiegend im Nordwesten und

Norden Irans lebenden Kurden sind Schiiten – wie auch der Grossteil der iranischen Bevölkerung, dennoch sind die Beziehungen spannungsgeladen. Die grösste und einflussreichste kurdische Organisation ist die Demokratische Partei des Iranischen Kurdistan DPKI, daneben besteht die 2004 gegründete und als Ableger der PKK geltende Partei für ein Freies Leben in Kurdistan PJAK – diese führt auch einen bewaffneten Arm, der in den Kurdengebieten die iranischen Sicherheitskräfte bekämpft. Auch die PJAK rief 2011 einen Waffenstillstand aus, vereinzelt wird dieser jedoch gebrochen. DPKI wie auch PJAK bekämpfen mit Peschmerga im Nordirak IS-Truppen, die iranische Armee beschiesst – wie auch die türkische Armee – Stützpunkte der kurdischen Kämpfer in dieser Region.